

**Bericht über die Erstellung des
Jahresabschlusses
zum
31. Dezember 2023**

LAMSA e.V.

**Wilhelm-Külz-Straße 22
06108 Halle (Saale)**

R|N|P

Rauschenbach · Neumann · Partner

STEUERBERATERSOZIENTÄT

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Auftragsannahme	2
1.1 Auftraggeber und Auftragsabgrenzung	2
1.2 Auftragsdurchführung	4
2. Grundlagen des Jahresabschlusses	5
2.1 Buchführung und Inventar, erteilte Auskünfte	5
2.2 Feststellungen zu den Grundlagen des Jahresabschlusses	5
3. Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen	6
3.1 Rechtliche Verhältnisse	6
3.2 Steuerliche Verhältnisse	7
4. Bescheinigung	8
5. Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung	9
5.1 Erläuterungen zu den Posten der Bilanz	9
5.2 Erläuterungen zu den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung	13
6. Anlagen	20

Anlage 1: Vermögensübersicht zum 31. Dezember 2023

Anlage 2: Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023

Anlage 3: Allgemeine Auftragsbedingungen

1. Auftragsannahme

1.1 Auftraggeber und Auftragsabgrenzung

Die Geschäftsführung des

LAMSA e.V., Halle (Saale)

- nachfolgend auch kurz "Auftraggeber" oder "Gesellschaft" genannt -

beauftragte uns, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 aus den uns vorgelegten Belegen, Büchern und Bestandsnachweisen, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, unter Berücksichtigung der erteilten Auskünfte nach den gesetzlichen Vorgaben und nach den innerhalb dieses Rahmens liegenden Anweisungen des Auftraggebers zur Ausübung bestehender Wahlrechte zu entwickeln. Diesen Auftrag zur Erstellung ohne Beurteilungen haben wir in der Zeit vom 28. Oktober 2024 bis zum 14. November 2024 in unseren Geschäftsräumen in Halle (Saale) durchgeführt.

Unser Auftrag zur Erstellung des Jahresabschlusses umfasste keine über die Auftragsart hinausgehenden Tätigkeiten und damit auch keine erweiterten Verantwortlichkeiten als Steuerberater.

Die Pflicht zur Aufstellung des Jahresabschlusses oblag der uns mit dessen Erstellung beauftragenden gesetzlichen Vertretung des Vereins, die über die Ausübung aller mit der Aufstellung verbundener Gestaltungsmöglichkeiten und Rechtsakte zu entscheiden hatte.

Wir haben unseren Auftraggeber über solche Sachverhalte, die zu Wahlrechten führten, in Kenntnis gesetzt und von ihm Entscheidungsvorgaben zur Ausübung von materiellen und formellen Gestaltungsmöglichkeiten (Ansatz-, Bewertungs- und Ausweiswahlrechten) sowie Ermessensentscheidungen eingeholt.

Der uns erteilte Auftrag zur Erstellung des Jahresabschlusses umfasste alle Tätigkeiten, die erforderlich waren, um auf der Grundlage der Buchführung, der Inventur, der eingeholten Auskünfte zu Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsfragen sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unter Vornahme der Abschlussbuchungen den Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zu erstellen.

Unsere Auftragsvereinbarungen sehen vor, dass eine Bezugnahme auf die Erstellung durch uns nur in Verbindung mit dem vollständigen von uns erstellten Jahresabschluss erfolgen darf.

Bei der Auftragsannahme haben wir von unserem Auftraggeber ausbedungen, dass uns die für die Auftragsdurchführung benötigten Unterlagen und Aufklärungen vollständig gegeben werden.

Allgemeine Auftragsbedingungen

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Steuerberater und steuerberatende Berufsausübungsgesellschaften in der Fassung vom November 2023 maßgebend.

1.2 Auftragsdurchführung

Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses und bei unserer Berichterstattung hierüber haben wir die einschlägigen Normen unserer Berufsordnung und unsere Berufspflichten beachtet, darunter die Grundsätze der Unabhängigkeit, Gewissenhaftigkeit, Verschwiegenheit und Eigenverantwortlichkeit (§ 57 StBerG).

Die Erstellung des Jahresabschlusses umfasst unabhängig von der Art unseres Auftrags die Tätigkeiten, die erforderlich sind, um auf der Grundlage der Buchführung, des Inventars sowie der eingeholten Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unter Vornahme der Abschlussbuchungen die gesetzlich vorgeschriebene Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung und weitere Abschlussbestandteile zu erstellen.

Nicht zur Erstellung des Jahresabschlusses gehören die erforderlichen Entscheidungen über die Ausübung materieller und formeller Gestaltungsmöglichkeiten (Ansatz-, Bewertungs- und Ausweiswahlrechte sowie Ermessensentscheidungen). Bestehende Gestaltungsmöglichkeiten wurden von uns im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses nach den Vorgaben der gesetzlichen Vertreter ausgeübt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurden die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Wesentlichkeit beachtet.

Im Rahmen des erteilten Auftrags haben wir die gesetzlichen Vorschriften für die Aufstellung von Jahresabschlüssen, die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie die Bestimmungen der Satzung beachtet. Die Beachtung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Straftaten und außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten waren nicht Gegenstand unseres Auftrags.

Vollständigkeitserklärung

Die Geschäftsführung hat uns in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung am 14. November 2024 schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und im Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

2. Grundlagen des Jahresabschlusses

2.1 Buchführung und Inventar, erteilte Auskünfte

Für den Verein besteht keine Buchführungspflicht. Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgte freiwillig und dient internen Zwecken.

Die Buchführung wurde auf EDV-Systemen der Gesellschaft erstellt. Die dabei eingesetzte Software Rechnungswesen der DATEV e.G. erfüllt nach einer Bescheinigung der Ernst & Young AG vom 28.03.2024 die Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige Finanzbuchführung und Entwicklung des Jahresabschlusses.

Die Anlagenbuchführung wurde auf unseren EDV-Systemen erstellt. Die dabei eingesetzte Software Anlagenbuchführung der DATEV e.G. erfüllt im Zusammenhang mit einer Bescheinigung der Ernst & Young AG vom 28.03.2024 zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit des Programms Kanzlei-Rechnungswesen die Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige Anlagenbuchführung.

Die Lohn- und Gehaltsbuchführung wurde auf unseren EDV-Systemen erstellt. Die dabei eingesetzte Software Lohn im RZ mit LODAS der DATEV e.G. erfüllt nach einer Bescheinigung der Ernst & Young AG vom 01.04.2019 die Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige Lohn- und Gehaltsbuchführung.

Auskünfte erteilte die Geschäftsführung.

2.2 Feststellungen zu den Grundlagen des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss wurde auf unseren EDV-Systemen erstellt. Die dabei eingesetzte Software Kanzlei-Rechnungswesen der DATEV e.G. in Nürnberg erfüllt nach einer Bescheinigung der Ernst & Young AG vom 28.03.2024 die Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige Finanzbuchführung und Entwicklung des Jahresabschlusses. Des weiteren wurde die Software Abschlussprüfung comfort der DATEV e.G. verwendet.

Soweit sich im Rahmen unserer Jahresabschlusserstellung Buchungen ergaben, haben wir diese mit der Geschäftsführung unseres Auftraggebers abgestimmt. Die Abschlussbuchungen wurden bis zum Abschluss unserer Tätigkeit vorgenommen.

3. Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen**3.1 Rechtliche Verhältnisse**

Firma:	LAMSA e.V.
Rechtsform:	e.V.
Gründung am:	22. März 2014
Sitz:	Halle (Saale)
Anschrift:	Wilhelm-Külz-Straße 22 06108 Halle (Saale)
Registereintrag:	Vereinsregister
Registergericht:	Amtsgericht Stendal
Register-Nr.:	VR3874
Satzung:	Gültig in der Fassung vom 11. November 2017 Mit Wirkung ab 28. Mai 2024 wurde die Satzung neugefasst.
Geschäftsjahr:	1. Januar bis 31. Dezember
Satzungszweck:	- Förderung internationaler Gesinnung, Toleranz auf Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens - Förderung des bürgerschaftlichen Engagements - Förderung der Jugendhilfe, der Erziehung und Bildung - Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie der Hilfe für Flüchtlinge
Vorstand:	Elena Herrmann (Vorsitzende) Aram Badr (Stellvertreter) Waseem Aleed
Vertretungsberechtigung:	Herr Mamad Mohamad

Wesentliche Änderungen der rechtlichen Verhältnisse nach dem Abschlussstichtag liegen nicht vor.

3.2 Steuerliche Verhältnisse

Finanzamt: Halle (Saale)

Steuernummer: 110/142/00721

Körperschaftsteuer: Der Verein unterliegt mit seinem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (§ 64 AO) der Körperschaftsteuerpflicht.

Gewerbsteuer: Der Verein unterliegt mit seinem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (§ 64 AO) der Gewerbesteuersteuerpflicht.

Umsatzsteuer: Der Verein unterliegt mit seinem Zweckbetrieb sowie dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der Umsatzsteuerpflicht. Für das Kalenderjahr 2023 unterliegt der Verein der Kleinunternehmerregelung des § 19 UStG.

4. Bescheinigung

Wir haben auftragsgemäß den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung – des **LAMSA e.V.** für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023 unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages erstellt.

Grundlage für die Erstellung waren die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, sowie die uns erteilten Auskünfte.

Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den deutschen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins.

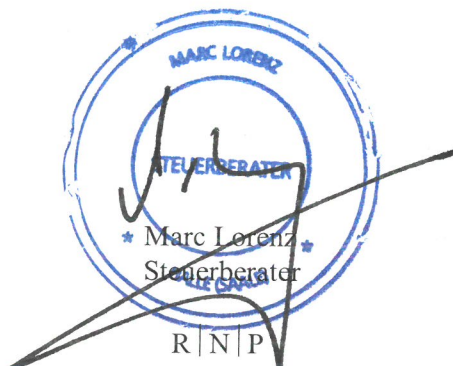
Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung der Verlautbarungen der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Halle (Saale), den 14. November 2024



R | N | P

Rauschenbach · Neumann · Partner
Steuerberatersozietät



R | N | P

Rauschenbach · Neumann · Partner
Steuerberatersozietät

Berichtsjahr
Euro

Vorjahr
Euro

5. Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

5.1 Erläuterungen zu den Posten der Bilanz

AKTIVA

A. ANLAGEVERMÖGEN

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Software entgeltlich erworben

19.582,00
19.582,00

24.582,00
24.582,00

II. Sachanlagen

1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Betriebsausstattung

15,00
15,00

15,00
15,00

B. UMLAUFVERMÖGEN

I. Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

10.307,86
10.307,86

50.171,16
50.171,16

	Berichtsjahr Euro	Vorjahr Euro
2. Sonstige Vermögensgegenstände		
Sonstige Vermögensgegenstände	42.612,09	20.614,63
Kautionen	14.740,10	14.740,10
Durchlaufende Posten	<u>4.630,63</u>	<u>1.228,61</u>
	<u>61.982,82</u>	<u>36.583,34</u>
 II. Kasse, Bank		
Bank für Sozialwirtschaft Kto.Nr. 1522000	697.961,45	572.571,06
Bank für Sozialwirtschaft Kto.Nr. 20144981	100.437,66	0,00
Volksbank Halle Kto.Nr. 1109855	92.647,88	78.763,59
Bank für Sozialwirtschaft Kto.Nr. 1522001	10.480,58	2.062,88
Kasse	<u>980,36</u>	<u>1.846,15</u>
	<u>902.507,93</u>	<u>655.243,68</u>
 Summe Aktiva	<u>994.395,61</u>	<u>766.595,18</u>

	Berichtsjahr Euro	Vorjahr Euro
<u>PASSIVA</u>		
A. VEREINSVERMÖGEN		
I. Gewinnrücklagen		
1. Betriebsmittelrücklagen		
Betriebsmittelrücklage	336.666,02	269.218,74
Verwaltungskostenrücklage	55.954,62	0,00
	<u>392.620,64</u>	<u>269.218,74</u>
2. Freie Gewinnrücklagen		
Freie Gewinnrücklagen	39.341,41	39.229,35
	<u>39.341,41</u>	<u>39.229,35</u>
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Sonstige Rückstellungen		
Projektrückstellungen	37.421,46	57.565,11
Sonstige Rückstellungen	10.000,00	4.500,00
	<u>47.421,46</u>	<u>62.065,11</u>
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	70.877,56	18.810,81
	<u>70.877,56</u>	<u>18.810,81</u>

	Berichtsjahr Euro	Vorjahr Euro
2. Sonstige Verbindlichkeiten		
Sonstige Verbindlichkeiten	443.421,78	376.693,46
Verbindlichkeiten Lohn- und Kirchensteuer	545,00	0,00
Verbindlichkeiten soziale Sicherheit	167,76	143,25
Verbindlichkeiten aus Lohn und Gehalt	0,00	434,46
	<u>444.134,54</u>	<u>377.271,17</u>
 Summe Passiva	 <u>994.395,61</u>	 <u>766.595,18</u>

Berichtsjahr
EuroVorjahr
Euro**5.2 Erläuterungen zu den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung****A. IDEELLER BEREICH****I. Nicht steuerbare Einnahmen****1. Mitgliedsbeiträge**

Mitgliedsbeiträge bis 300€

1.325,00
1.325,001.150,00
1.150,00**2. Zuschüsse**

Land Sachsen-Anhalt

5.548.516,98

2.584.316,01

Bund

2.333.771,51

727.711,50

Stiftungen, Kirchen o.ä.

522.653,00

688.365,54

Bundesagentur für Arbeit / Jobcenter

63.742,59

64.006,67

Kommunen / Stadt

61.755,08

49.254,24

Landeszentrale für politische Bildung

47.602,63

13.304,02

EU-Mittel

19.291,88

39.944,32

Mittelweiterleitungen

1.193,2226.055,32**8.598.526,89****4.192.957,62**

II. Nicht anzusetzende Ausgaben**1. Abschreibungen**

	Berichtsjahr Euro	Vorjahr Euro
Abschreibungen auf Sachanlagen	<u>5.000,00</u>	<u>417,82</u>
	<u>5.000,00</u>	<u>417,82</u>

2. Personalkosten

Gehälter	2.367.140,99	1.473.803,77
Gesetzliche Sozialaufwendungen	1.308.540,29	855.326,42
Abgeführte Lohnsteuer	381.454,72	252.387,41
Berufsgenossenschaft	12.614,95	6.152,70
Freiwilligendienst	0,00	904,12
Lohnfortzahlung Krankenkassen	<u>-29.758,71</u>	<u>-4.074,52</u>
	<u>4.039.992,24</u>	<u>2.584.499,90</u>

3. Reisekosten

Reisekosten Mitarbeiter	50.972,22	20.431,63
Reisekosten Ehrenamt/Honorare	<u>11.402,76</u>	<u>6.231,55</u>
	<u>62.374,98</u>	<u>26.663,18</u>

4. Raumkosten

Miete und NK Dessau und Magdeburg	55.314,04	37.708,76
Miete und NK Halle, Wilhelm Külz Str.	28.724,68	26.077,47
Miete und NK Halle, Gr.Ulrichstr./BB4	11.710,44	8.973,60
Miete und NK Halle, Bernburger Str.	<u>67,40</u>	<u>20.675,87</u>
	<u>95.816,56</u>	<u>93.435,70</u>

	Berichtsjahr Euro	Vorjahr Euro
5. Übrige Ausgaben		
Zahlungen an Letztempfänger	3.045.217,21	693.245,20
Rückzahlung Fördermittel Ministerium	227.186,31	0,00
Projektbezogene Kosten	144.727,30	83.912,45
Honorare	117.969,50	94.589,73
Rückzahlung Fördermittel Bund	117.027,66	11.773,08
Rückzahlungen Fördermittel Land	90.455,41	292.164,71
Aufwandsentschädigung Ehrenamt	67.366,20	89.535,18
Miete HAL Augustastraße 1	57.096,62	11.809,75
Geringwertige Wirtschaftsgüter	57.020,00	58.686,78
Werbekosten / ÖA	56.364,27	29.338,47
Rechts- und Beratungskosten	55.041,14	25.467,30
Designarbeiten (KSK)	51.132,33	17.350,70
Rückzahlung Fördermittel Stiftungen	31.833,38	2.899,05
EDV-Dienstleistungen	31.111,42	21.492,22
Bürobedarf	25.678,29	23.450,54
Sonstigen Kosten	23.951,67	27.044,81
Seminare / Weiterbildung Mitarbeiter	19.473,55	2.706,65
Versicherungen / Beiträge / Gebühren	17.631,49	11.670,64
Kfz-Kosten	13.566,07	3.253,10
Telefon	12.872,37	11.099,20
Porto	5.605,67	5.248,99
Miete Landsberger Straße 62	5.480,33	4.404,26
Zinsen Rückzahlungen	4.169,10	402,65
Fachliteratur / Bücher	2.560,97	1.355,30
Abrechnung projektbezogene Kfz-Kosten	2.129,40	503,68
Abgaben Künstlersozialkasse	1.986,23	1.123,54
Rückzahlung Fördermittel LzpB	1.311,23	0,00
Miete Landsberger Straße	0,00	613,64
BFD-Teilnehmer	0,00	1.139,50
	<u>4.285.965,12</u>	<u>1.526.281,12</u>
Gewinn/Verlust ideeller Bereich	<u>110.702,99</u>	<u>-37.190,10</u>

	Berichtsjahr Euro	Vorjahr Euro
B. ERTRAGSTEUERNEUTRALE POSTEN		
I. Ideeller Bereich (ertragsteuerneutral)		
1. Steuerneutrale Einnahmen		
Spenden		
Erhaltene Spenden / Zuwendungen	12.342,60	16.282,50
	<u>12.342,60</u>	<u>16.282,50</u>
Sonstige steuerneutrale Einnahmen		
Sonstige Einnahmen	0,00	19.200,00
	<u>0,00</u>	<u>19.200,00</u>
2. Nicht abziehbare Ausgaben		
Gezahlte/hingegebene Spenden		
Gezahlte Spenden / Zuwendungen	4.174,87	9.235,93
Hingegebene Sachspenden/-zuwendungen	315,00	2.801,22
	<u>4.489,87</u>	<u>12.037,15</u>
II. Vermögensverwaltung (ertragsteuerneutral)		
1. Nicht abziehbare Ausgaben		
Abgezogene Kapitalertragsteuer	148,61	0,00
	<u>148,61</u>	<u>0,00</u>
Gewinn/Verlust ertragsteuerneutrale Posten	<u>7.704,12</u>	<u>23.445,35</u>

	Berichtsjahr Euro	Vorjahr Euro
C. VERMÖGENSVERWALTUNG		
I. Einnahmen		
1. Ertragsteuerfreie Einnahmen		
Miet- und Pachterträge		
Mieterträge 0% USt	<u>0,00</u>	<u>2.368,20</u>
	<u>0,00</u>	<u>2.368,20</u>
Zins- und Kurserträge		
Zinserträge 0% USt	<u>743,05</u>	<u>0,00</u>
	<u>743,05</u>	<u>0,00</u>
II. Ausgaben		
1. Ausgaben/Werbungskosten		
Sonstige Ausgaben		
Mieten Untervermietung	<u>0,00</u>	<u>2.368,20</u>
	<u>0,00</u>	<u>2.368,20</u>
Gewinn/Verlust Vermögensverwaltung	<u>743,05</u>	<u>0,00</u>

	Berichtsjahr Euro	Vorjahr Euro
D. SONSTIGE ZWECKBETRIEBE		
I. Sonstige Zweckbetriebe (Umsatzsteuerfrei)		
1. Einnahmen aus Umsatzerlösen		
Einnahmen § 19 UStG	<u>4.363,80</u>	<u>9.490,00</u>
	<u>4.363,80</u>	<u>9.490,00</u>
 Gewinn/Verlust Sonstige Zweckbetriebe	 <u>4.363,80</u>	 <u>9.490,00</u>
E. JAHRESERGEBNIS		
JAHRESERGEBNIS	<u>123.513,96</u>	<u>-4.254,75</u>
	<u>123.513,96</u>	<u>-4.254,75</u>
1. Entnahmen aus Betriebsmittlrücklagen		
Entnahmen aus Betriebsmittlrücklagen	<u>269.218,74</u>	<u>234.141,78</u>
	<u>269.218,74</u>	<u>234.141,78</u>
2. Entnahmen aus freien Rücklagen		
Entnahme aus freien Rücklagen	<u>0,00</u>	<u>39.331,71</u>
	<u>0,00</u>	<u>39.331,71</u>

	Berichtsjahr Euro	Vorjahr Euro
3. Einstellungen in die Betriebsmittelrücklagen		
Einstellungen in die Betriebsmittelrücklagen	<u>336.666,02</u>	<u>269.218,74</u>
	<u>336.666,02</u>	<u>269.218,74</u>
4. Einstellungen in die freien Rücklagen		
Einstellungen in die freien Rücklagen	<u>112,06</u>	<u>0,00</u>
	<u>112,06</u>	<u>0,00</u>
5. Einstellungen in die Verwaltungskostenrücklage		
Einstellungen Verwaltungskostenrücklage	<u>55.954,62</u>	<u>0,00</u>
	<u>55.954,62</u>	<u>0,00</u>
F. ERGEBNISVORTRAG		
ERGEBNISVORTRAG	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

6. Anlagen

LAMSA e.V.
BILANZ
zum
31. Dezember 2023

AKTIVA

PASSIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro		Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. ANLAGEVERMÖGEN				A. VEREINSVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Gewinnrücklagen			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		19.582,00	24.582,00	1. Betriebsmittlrücklagen	392.620,64		269.218,74
				2. Freie Gewinnrücklagen	<u>39.341,41</u>	431.962,05	39.229,35
II. Sachanlagen				B. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung Sonstige Anlagen und Ausstattung		15,00	15,00	1. Sonstige Rückstellungen		47.421,46	62.065,11
B. UMLAUFVERMÖGEN				C. VERBINDLICHKEITEN			
I. Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände				1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	70.877,56		18.810,81
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	10.307,86		50.171,16	2. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>444.134,54</u>	515.012,10	377.271,17
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>61.982,82</u>	72.290,68	36.583,34				
II. Kasse, Bank		902.507,93	655.243,68				
		994.395,61	766.595,18			994.395,61	766.595,18

LAMSA e.V.
Gewinn- und Verlustrechnung
vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. IDEELLER BEREICH			
I. Nicht steuerbare Einnahmen			
1. Mitgliedsbeiträge	1.325,00		1.150,00
2. Zuschüsse	<u>8.598.526,89</u>	8.599.851,89	4.192.957,62
II. Nicht anzusetzende Ausgaben			
1. Abschreibungen	5.000,00		417,82
2. Personalkosten	4.039.992,24		2.584.499,90
3. Reisekosten	62.374,98		26.663,18
4. Raumkosten	95.816,56		93.435,70
5. Übrige Ausgaben	<u>4.285.965,12</u>	8.489.148,90	1.526.281,12
Gewinn/Verlust ideeller Bereich		<u>110.702,99</u>	<u>37.190,10-</u>
B. ERTRAGSTEUERNEUTRALE POSTEN			
I. Ideeller Bereich (ertragsteuerneutral)			
1. Steuerneutrale Einnahmen			
Spenden	12.342,60		16.282,50
Sonstige steuerneutrale Einnahmen	0,00		19.200,00
2. Nicht abzichtbare Ausgaben			
Gezahlte/hingegebene Spenden	<u>4.489,87</u>	7.852,73	12.037,15
II. Vermögensverwaltung (ertragsteuerneutral)			
Nicht abzichtbare Ausgaben		148,61	0,00
Gewinn/Verlust ertragsteuerneutrale Posten		<u>7.704,12</u>	<u>23.445,35</u>
C. VERMÖGENSVERWALTUNG			
I. Einnahmen			
Ertragsteuerfreie Einnahmen			
Miet- und Pächterträge	0,00		2.368,20
Zins- und Kurserträge	<u>743,05</u>	743,05	0,00
II. Ausgaben			
Ausgaben/Werbungskosten			
Sonstige Ausgaben		0,00	2.368,20
Gewinn/Verlust Vermögensverwaltung		<u>743,05</u>	<u>0,00</u>
Übertrag		119.150,16	13.744,75-

LAMSA e.V.
Gewinn- und Verlustrechnung
vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
Übertrag		119.150,16	13.744,75-
D. SONSTIGE ZWECKBETRIEBE			
Sonstige Zweckbetriebe (Umsatzsteuerfrei)			
Einnahmen aus Umsatzerlösen		4.363,80	9.490,00
Gewinn/Verlust Sonstige Zweckbetriebe 2		4.363,80	9.490,00
Gewinn/Verlust Sonstige Zweckbetriebe		<u>4.363,80</u>	<u>9.490,00</u>
E. JAHRESERGEBNIS		<u>123.513,96</u>	<u>4.254,75-</u>
1. Entnahmen aus Betriebsmittlrücklagen		269.218,74	234.141,78
2. Entnahmen aus freien Rücklagen		0,00	39.331,71
3. Einstellungen in die Betriebsmittlrücklagen		336.666,02	269.218,74
4. Einstellungen in die freien Rücklagen		112,06	0,00
5. Einstellungen in die Verwaltungskostenrücklage			
Sonstige Ergebnisrücklagen		55.954,62	0,00
F. ERGEBNISVORTRAG		<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Allgemeine Auftragsbedingungen für Steuerberater und steuerberatende Berufsausübungsgesellschaften

Stand: November 2023

Die folgenden „Allgemeinen Auftragsbedingungen“ gelten für Verträge zwischen Steuerberatern und steuerberatenden Berufsausübungsgesellschaften (im Folgenden „Steuerberater“ genannt) und ihren Auftraggebern, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

1. Umfang und Ausführung des Auftrags

- (1) Für den Umfang der vom Steuerberater zu erbringenden Leistungen ist der erteilte Auftrag maßgebend. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung unter Beachtung der einschlägigen berufsrechtlichen Normen und der Berufspflichten (vgl. StBerG, BOSTB) ausgeführt.
- (2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf einer ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.
- (3) Ändert sich die Rechtslage nach abschließender Erledigung einer Angelegenheit, so ist der Steuerberater nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf die Änderung oder die sich daraus ergebenden Folgen hinzuweisen.
- (4) Die Prüfung der Richtigkeit, Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit der dem Steuerberater übergebenen Unterlagen und Zahlen, insbesondere der Buchführung und Bilanz, gehört nur zum Auftrag, wenn dies in Textform vereinbart ist. Der Steuerberater wird die vom Auftraggeber gemachten Angaben, insbesondere Zahlenangaben, als richtig zu Grunde legen. Soweit er offensichtliche Unrichtigkeiten feststellt, ist er verpflichtet, darauf hinzuweisen.
- (5) Der Auftrag stellt keine Vollmacht für die Vertretung vor Behörden, Gerichten und sonstigen Stellen dar. Sie ist gesondert zu erteilen. Ist wegen der Abwesenheit des Auftraggebers eine Abstimmung mit diesem über die Einlegung von Rechtsbehelfen oder Rechtsmitteln nicht möglich, ist der Steuerberater im Zweifel zu fristwahrenden Handlungen berechtigt und verpflichtet.

2. Verschwiegenheitspflicht

- (1) Der Steuerberater ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrags zur Kenntnis gelangen, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, der Auftraggeber entbindet ihn von dieser Verpflichtung. Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort. Die Verschwiegenheitspflicht besteht im gleichen Umfang auch für die Mitarbeiter des Steuerberaters.
- (2) Die Verschwiegenheitspflicht besteht nicht, soweit die Offenlegung zur Wahrung berechtigter Interessen des Steuerberaters erforderlich ist. Der Steuerberater ist auch insoweit von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, als er nach den Versicherungsbedingungen seiner Berufshaftpflichtversicherung zur Information und Mitwirkung verpflichtet ist.
- (3) Gesetzliche Auskunfts- und Aussageverweigerungsrechte nach § 102 AO, § 53 StPO, § 383 ZPO bleiben unberührt.
- (4) Der Steuerberater ist von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, soweit dies zur Bestellung eines allgemeinen Vertreters (§ 69 StBerG) zur Durchführung eines Zertifizierungsaudits in der Kanzlei des Steuerberaters erforderlich ist und die insoweit tätigen Personen ihrerseits über ihre Verschwiegenheitspflicht belehrt worden sind. Der Auftraggeber erklärt sich damit einverstanden, dass durch den allgemeinen Vertreter oder den Zertifizierer/Auditor Einsicht in seine – vom Steuerberater angelegte und geführte – Handakte genommen wird.

3. Mitwirkung Dritter

Der Steuerberater ist berechtigt, zur Ausführung des Auftrags Mitarbeiter und unter den Voraussetzungen des § 62a StBerG auch externe Dienstleister (insbesondere datenverarbeitende Unternehmen) heranzuziehen. Die Beteiligung fachkundiger Dritter zur Mandatsbearbeitung (z.B. andere Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte) bedarf der Einwilligung und des Auftrags des Auftraggebers. Der Steuerberater ist nicht berechtigt und verpflichtet, diese Dritten ohne Auftrag des Auftraggebers hinzuzuziehen.

4. Elektronische Kommunikation, Datenschutz

- (1) Der Steuerberater ist berechtigt, personenbezogene Daten des Auftraggebers im Rahmen der erteilten Aufträge maschinell zu erheben und in einer automatisierten Datei zu verarbeiten oder einem Dienstleistungsrechenzentrum zur weiteren Auftragsdatenverarbeitung zu übertragen.
- (2) Der Steuerberater ist berechtigt, in Erfüllung seiner Pflichten nach der DSGVO und dem Bundesdatenschutzgesetz einen Beauftragten für den Datenschutz zu bestellen. Sofern dieser Beauftragte für den Datenschutz nicht bereits nach Ziff. 2 Abs. 1 Satz 3 der Verschwiegenheitspflicht unterliegt, hat der Steuerberater dafür Sorge zu tragen, dass der Beauftragte für den Datenschutz sich mit Aufnahme seiner Tätigkeit zur Wahrung des Datengeheimnisses verpflichtet.
- (3) Der Auftraggeber wird darauf hingewiesen, dass die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel (E-Mail etc.) mit Risiken für die Vertraulichkeit der Kommunikation verbunden sein kann. Der Auftraggeber stimmt der Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel durch den Steuerberater zu.

5. Mängelbeseitigung

- (1) Bei etwaigen Mängeln ist dem Steuerberater Gelegenheit zur Nachbesserung zu geben.
- (2) Offenbare Unrichtigkeiten (z. B. Schreibfehler, Rechenfehler) können vom Steuerberater jederzeit, auch Dritten gegenüber, berichtigt werden. Sonstige Mängel darf der Steuerberater Dritten gegenüber mit Einwilligung des Auftraggebers berichtigen. Die Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn berechnete Interessen des Steuerberaters den Interessen des Auftraggebers vorgehen.

6. Haftung

- (1) Die Haftung des Steuerberaters und seiner Erfüllungsgehilfen für einen Schaden, der aus einer oder – bei einheitlicher Schadensfolge – aus mehreren Pflichtverletzungen anlässlich der Erfüllung eines Auftrags resultiert, wird auf 2.000.000,00 € (in Worten: zwei Millionen €) begrenzt. Die Haftungsbegrenzung bezieht sich allein auf Fahrlässigkeit. Die Haftung für Vorsatz bleibt insoweit unberührt. Von der Haftungsbegrenzung ausgenommen sind Haftungsansprüche für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit. Die Haftungsbegrenzung gilt für die gesamte Tätigkeit des Steuerberaters für den Auftraggeber, also insbesondere auch für eine Ausweitung des Auftragsinhalts; einer erneuten Vereinbarung der Haftungsbegrenzung bedarf es insoweit nicht. Die Haftungsbegrenzung gilt auch bei Bildung einer Sozietät/Partnerschaft und Übernahme des Auftrags durch die Sozietät/Partnerschaft sowie für neu in die Sozietät/Partnerschaft eintretende Sozien/Partner. Die Haftungsbegrenzung gilt ferner auch gegenüber Dritten, soweit diese in den Schutzbereich des Mandatsverhältnisses fallen; § 334 BGB wird insoweit ausdrücklich nicht abbedungen. Einzelvertragliche Haftungsbegrenzungsvereinbarungen gehen dieser Regelung vor, lassen die Wirksamkeit dieser Regelung jedoch – soweit nicht ausdrücklich anders geregelt – unberührt.
- (2) Die Haftungsbegrenzung gilt, wenn entsprechend hoher Versicherungsschutz bestanden hat, rückwirkend von Beginn des Mandatsverhältnisses bzw. dem Zeitpunkt der Höherversicherung an und erstreckt sich, wenn der Auftragsumfang nachträglich geändert oder erweitert wird, auch auf diese Fälle.
- (3) Die Erteilung mündlicher Auskünfte gehört nicht zu den vertraglichen Hauptleistungen des Steuerberaters. Sie bergen die Gefahr insbesondere einer unvollständigen mündlichen Darlegung des zu beurteilenden Sachverhalts sowie von Missverständnissen zwischen Steuerberater und Auftraggeber. Deshalb wird vereinbart, dass der Steuerberater nur für in Textform erteilte Auskünfte einzutreten hat und die Haftung für mündliche Auskünfte des Steuerberaters oder seiner Mitarbeiter ausgeschlossen ist.
- (4) Schadenersatzansprüche des Auftraggebers, mit Ausnahme solcher aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, verjähren 18 Monate ab Kenntnis oder grob fahrlässiger Unkenntnis des Auftraggebers von den Ansprüchen, spätestens aber fünf Jahre nach der Anspruchsentstehung. Maßgeblich ist die früher endende Frist.

7. Pflichten des Auftraggebers; unterlassene Mitwirkung und Annahmeverzug des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber ist zur Mitwirkung verpflichtet, soweit es zur ordnungsgemäßen Erledigung des Auftrags erforderlich ist. Insbesondere hat er dem Steuerberater unaufgefordert alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen vollständig und so rechtzeitig zu übergeben, dass dem Steuerberater eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht. Entsprechendes gilt für die Unterrichtung über alle Vorgänge und Umstände, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle schriftlichen und mündlichen Mitteilungen des Steuerberaters zur Kenntnis zu nehmen und bei Zweifelsfragen Rücksprache zu halten.
- (2) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit des Steuerberaters oder seiner Erfüllungsgehilfen beeinträchtigen könnte.
- (3) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Arbeitsergebnisse des Steuerberaters nur mit dessen Einwilligung weiterzugeben, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.
- (4) Setzt der Steuerberater beim Auftraggeber in dessen Räumen Datenverarbeitungsprogramme ein, so ist der Auftraggeber verpflichtet, den Hinweisen des Steuerberaters zur Installation und Anwendung der Programme nachzukommen. Des Weiteren ist der Auftraggeber verpflichtet, die Programme nur in dem vom Steuerberater vorgeschriebenen Umfang zu nutzen, und er ist auch nur in dem Umfang zur Nutzung berechtigt. Der Auftraggeber darf die Programme nicht verbreiten. Der Steuerberater bleibt Inhaber der Nutzungsrechte. Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was der Ausübung der Nutzungsrechte an den Programmen durch den Steuerberater entgegensteht.
- (5) Unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Ziff. 7 Abs. 1 bis 4 oder anderweitig obliegende Mitwirkung oder kommt er mit der Annahme der vom Steuerberater angebotenen Leistung in Verzug, so ist der Steuerberater berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen (vgl. Ziff. 9 Abs. 3). Unberührt bleibt der Anspruch des Steuerberaters auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Steuerberater von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

8. Urheberrechtsschutz

Die Leistungen des Steuerberaters stellen dessen geistiges Eigentum dar. Sie sind urheberrechtlich geschützt. Eine Weitergabe von Arbeitsergebnissen außerhalb der bestimmungsgemäßen Verwendung ist nur mit vorheriger Zustimmung des Steuerberaters in Textform zulässig.

9. Vergütung, Rechnungsstellung, Vorschuss und Aufrechnung

- (1) Die Vergütung (Gebühren und Auslagensatz) des Steuerberaters für seine Berufstätigkeit nach § 33 StBerG bemisst sich nach der Steuerberatervergütungsverordnung (StBVV). Eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung kann in Textform vereinbart werden. Die Vereinbarung einer niedrigeren Vergütung ist nur in außergerichtlichen Angelegenheiten zulässig. Sie muss in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistung, der Verantwortung und dem Haftungsrisiko des Steuerberaters stehen.
- (2) Der Auftraggeber ist mit einer Rechnungsstellung des Steuerberaters in Textform einverstanden.
- (3) Für Tätigkeiten, die in der Vergütungsverordnung keine Regelung erfahren (z. B. § 57 Abs. 3 Nrn. 2 und 3 StBerG), gilt die vereinbarte Vergütung, andernfalls die für diese Tätigkeit vorgesehene gesetzliche Vergütung, ansonsten die übliche Vergütung (§§ 612 Abs. 2 und 632 Abs. 2 BGB).
- (4) Eine Aufrechnung gegenüber einem Vergütungsanspruch des Steuerberaters ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig. Etwaige Ansprüche des Auftraggebers auf Rückzahlung einer gezahlten Vergütung verjähren 18 Monate nach Zugang der Rechnung beim Auftraggeber.
- (5) Für bereits entstandene und voraussichtlich entstehende Gebühren und Auslagen kann der Steuerberater einen Vorschuss fordern. Wird der eingeforderte Vorschuss nicht gezahlt, kann der Steuerberater nach vorheriger Ankündigung seine weitere Tätigkeit für den Auftraggeber einstellen, bis der Vorschuss eingeht. Der Steuerberater ist verpflichtet, seine Absicht, die Tätigkeit einzustellen, dem Auftraggeber rechtzeitig bekanntzugeben, wenn dem Auftraggeber Nachteile aus einer Einstellung der Tätigkeit erwachsen können. Für den Steuerberater ist eine Verrechnung von Vorschüssen mit allen fälligen Forderungen aus dem Auftragsverhältnis möglich, unabhängig davon, für welche Tätigkeit der Vorschuss gefordert wurde.
- (6) Der Auftraggeber kommt in Verzug, wenn er nicht innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungsdatum leistet.

10. Beendigung des Vertrags

- (1) Der Vertrag endet mit Erfüllung der vereinbarten Leistungen, durch Ablauf der vereinbarten Laufzeit oder durch Kündigung. Der Vertrag endet nicht durch den Tod, durch den Eintritt der Geschäftsunfähigkeit des Auftraggebers oder im Falle einer Gesellschaft durch deren Auflösung.
- (2) Der Vertrag kann – wenn und soweit er einen Dienstvertrag i. S. d. §§ 611, 675 BGB darstellt – von jedem Vertragspartner außerordentlich gekündigt werden, es sei denn, es handelt sich um ein Dienstverhältnis mit festen Bezügen, § 627 Abs. 1 BGB; die Kündigung hat in Textform zu erfolgen. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer Vereinbarung, die zwischen Steuerberater und Auftraggeber auszuhandeln ist.
- (3) Mit Beendigung des Vertrags hat der Auftraggeber dem Steuerberater die beim Auftraggeber zur Ausführung des Auftrags eingesetzten Datenverarbeitungsprogramme einschließlich angefertigter Kopien sowie sonstige Programmunterlagen unverzüglich herauszugeben bzw. sie von der Festplatte zu löschen.
- (4) Nach Beendigung des Auftragsverhältnisses sind die Unterlagen beim Steuerberater abzuholen.
- (5) Endet der Auftrag vor seiner vollständigen Ausführung, so richtet sich der Vergütungsanspruch des Steuerberaters nach den gesetzlichen Regelungen, insbesondere § 12 Abs. 4 StBVV. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer gesonderten Vereinbarung in Textform.

11. Zurückbehaltungsrecht in Bezug auf Arbeitsergebnisse und Unterlagen

- (1) Der Steuerberater kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten oder dies im Wege der elektronischen Datenverarbeitung vornehmen.
- (2) Der Steuerberater kann die Herausgabe der Handakten verweigern, bis er wegen seiner Gebühren und Auslagen befriedigt ist (§ 66 Abs. 3 StBerG n.F.). Hinsichtlich der Arbeitsergebnisse gilt ein vertragliches Zurückbehaltungsrecht als vereinbart.

12. Gerichtsstand, Erfüllungsort, Information VSBG

- (1) Für den Auftrag, seine Ausführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich deutsches Recht. Erfüllungsort und Gerichtsstand, sofern der Auftraggeber Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, die berufliche Niederlassung des Steuerberaters. Dies gilt auch für den Fall, dass der Auftraggeber nach Auftragserteilung seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort in das Ausland verlegt oder der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthaltsort im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist.
- (2) Der Steuerberater ist – nicht – bereit, an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen (§§ 36,37 VSBG).

13. Wirksamkeit bei Teilnichtigkeit

Falls einzelne Bestimmungen dieser Auftragsbedingungen unwirksam sein oder werden sollten, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt.